

European Security and Defence – remaining Transatlantic, acting more European

27. und 28. November 2018
Vienna House Andel's Berlin

Europa den Europäern?

Zwischen transatlantischer Bündnistreue und eigenständiger regionaler Integration

(BSC) Europa den Europäern?“ Diese Formulierung spielt in Analogie an auf die berühmte Monroe-Doktrin aus dem Jahre 1823 (“Amerika den Amerikanern”). Die isolationistische Trump-Administration hat ein sicherheitspolitisches Erdbeben unter anderem auf dem Alten Kontinent ausgelöst. Werden die Europäer notgedrungen in der Lage sein, ihre Sicherheit selbst zu organisieren? Russen (hybride Kriegsführung) und Chinesen (Neue Seidenstraße) positionieren sich bereits.

Bei ihrer Ansprache vor dem voll besetzten Auditorium betonte Ministerin von der Leyen, dass die Europäische Union (EU) in Zukunft deutlich mehr Eigenleistung zu Sicherheit und Verteidigung übernehmen müsse. Dieser Appell zog sich bei vielen Sprechern beiderseits des Atlantiks wie ein roter Faden durch die gesamte Konferenz. “Ein Europa”, so die CDU-Politikerin weiter, “das schützt, muss handeln wollen – und können!”

Auf Einladung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge sprach der französische Präsident Emmanuel Macron anlässlich des Volkstrauertages Mitte November als Gastredner im Deutschen Bundestag. Dabei betonte er: “Europa muss stärker werden, deswegen muss es eigenständiger werden” – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des mittlerweile ausgesprochen schwierigen Verhältnisses zur NATO-Führungsmacht USA unter Präsident Donald J. Trump.

Integrationstheoretisch betrachtet, spielen die Vereinigten Staaten in Bezug auf den militärischen Zusammenschluss der Europäer aktuell die Rolle des sogenannten “negativen Förderators”, d. h. die Europäische Union (EU) schreitet militärisch voran als Gegenreaktion auf die Außen- und Sicherheitspolitik der Trump-Administration.

Bereits fünf Tage vor dem Macron-Besuch in Berlin hatte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vor dem Europäischen Parlament in Straßburg eine viel beachtete Rede zur Zukunft Europas gehalten. Dabei präzisierte sie: “Europa ist unsere beste Chance auf dauerhaften Frieden, auf dauerhaften Wohlstand und auf eine sichere Zukunft.” Einheit und Geschlossenheit seien aus Merckels Sicht dafür unverzichtbar.

Sie nannte insgesamt drei Bereiche, auf die es ankomme. Der erste – und damit offenkundig wichtigste – Punkt war die Außen- und Sicherheitspolitik. Europa sei nur geschlossen stark genug, um auf der globalen Bühne gehört zu werden, und um seine Werte und Interessen verteidigen zu können – auch gegenüber US-Präsident Trump. Europa müsse langfristig handlungsfähiger werden, forderte Dr. Merkel. Es müsse dort auf Einstimmigkeit verzichtet werden, wo die Verträge dies möglich machten.

Den Punkt “Einstimmigkeit” hatte auch Verteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen bei der Eröffnung der diesjährigen Berliner Sicherheitskonferenz (BSC) Ende November aufgegriffen.

BSC – immer hochaktuell

Die deutsche Ministerin plädierte auf dem Kongress dafür, dass europäische Entscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik künftig per Mehrheitsbeschluss und nicht mehr einstimmig gefällt werden sollten. Der deutsche Parlamentsvorbehalt gelte weiter, müsse aber flexibler und europäischer werden. “Die bisherige Einstimmigkeit verlangsamt, ja verhindert oft ein hörbares, kraftvolles und wirkungsvolles Europa”, kritisierte die CDU-Politikerin.

Zurück zur Bundeskanzlerin vor dem EU-Parlament: Sie sprach sich dafür aus, einen Europäischen Sicherheitsrat – zum Beispiel in Analogie zum deutschen Bundessicherheitsrat – einzusetzen, in dem wichtige Beschlüsse schneller vorbereitet werden könnten. Mit der Gründung einer europäischen Eingreiftruppe könne Europa zudem auch am Ort des Geschehens handeln. Außerdem sprach sich Dr. Merkel für die Schaffung einer europäischen Armee aus: “Wir sollten an der Vision arbeiten, eines Tages eine echte europäische Armee zu schaffen.” Das sei keine Armee gegen die NATO, sondern “eine gute Ergänzung” zu dem Bündnis.

Den Punkt “europäische Armee” griff Dr. Géza von Geyr, Abteilungsleiter Politik im Bundesministerium der Verteidigung, in der “High-Level Debate” der BSC auf und präziserte ihn: Er sehe als künftiges militärisches Instrument eine “Armee der Europäer”, die sich immer noch aus jeweils nationalen Streitkräften zusammensetzen würde. Andre Haspels, Generaldirektor für politische Angelegenheiten im Außenministerium der Niederlande, die offizieller Partner des diesjährigen Kongresses gewesen sind, ergänzte hierzu: “Es ist keine Europa-Armee geplant.” Wegen der zahlreichen Bedrohungen, denen sich Europa ausgesetzt sehe, müsse ein “breiter und integrativer Sicherheitsbegriff” Anwendung finden. Die praktische militärische Zusammenarbeit solle weiter ausgebaut und die Verteidigungshaushalte der EU-Staaten “deutlich erhöht” werden, so Haspels. In diesem Zusammenhang ergänzte Dr. von Geyr: Für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion (ESVU) der Zukunft brauche man “ein gemeinsames verbindendes Narrativ, um die Öffentlichkeit in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten auch für ein solch ambitioniertes Projekt zu gewinnen. Dr. Beate Neuss Professorin für Internationale Politik an der TU Chemnitz und Stellvertretende Vorsitzende der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, rückte die transatlantischen Beziehungen in eine empirische Perspektive: Während die Vereinigten Staaten über rund 1,4 Millionen aktive Soldaten verfügten, hielten die EU-Mitgliedsstaaten insgesamt rund 1,8 Millionen unter Waffen. Auch Nils Annen (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt in Berlin, setzte auf der BSC die transatlantischen Akteure in Relation: Danach stünden 326 Millionen Einwohnern der USA zusammengerechnet 511 Millionen Einwohner in den EU-Mitgliedsstaaten gegenüber. Mit anderen Worten: Europa brauche sich gegenüber Amerika nicht zu verstecken. Aber: Natürlich ist die EU nicht ebenso handlungsfähig wie ein Nationalstaat.

EU-Meilensteine

Im vergangenen Jahr hat die militärische Integration innerhalb der EU einige wichtige “Meilensteine” erreicht: Im November und Dezember teilten die Außen- und Verteidigungsminister von 25 der – noch – 28 EU-Staaten dem Europäischen Rat mit, in der Verteidigung künftig noch intensiver kooperieren zu wollen. Dieses Projekt läuft unter dem englischen Kürzel PESCO (dt. Ständige Strukturierte Zusammenarbeit). Im Dezember wurde dann die ESVU beschlossen. Weitere Vorhaben sind CARD (dt. Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung) und der Europäische Verteidigungsfonds (EVF).

Ministerin von der Leyen bezeichnete in ihrer Ansprache auf der BSC den Europäische Verteidigungsfonds als echten “game changer”: “Zum ersten Mal gibt es europäisches Geld für gemeinsame Erforschung, Entwicklung und Beschaffung. Die Europäische Kommission plant mit 13 Milliarden Euro im EVF bis zum Jahr 2027.” Arnaud Danjean, französisches Mitglied im Europäischen Parlament, rechnete in der “High-Level Debate” der BSC nach und stellte fest: Bei 1,3 Milliarden Euro pro Jahr für die gesamte EU könne von einem “game changer” Europäischer Verteidigungsfonds keine Rede sein.

Dr. Gerd Portugall